

6. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

7. November 1956

46/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. P f e i f e r und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend das Ausmass von Zulagen an Empfänger von ausserordentlichen
Versorgungsgenüssen.

ä. - . - . -

Aus Anlaß eines Beschwerdefalles wurden folgende Feststellungen gemacht:

Es gibt zwei Gruppen von im a.o. Versorgungsgenuß stehenden Militärpensionisten. Die eine Gruppe bezieht variable Zulagen, das heisst solche im Ausmaße der Differenz auf höhere Gehaltsstufen. Solche Zulagen erhöhen sich im Zuge einer Gehaltserhöhung automatisch. Die andere, eine ganz kleine Gruppe, bezieht fixe Beträge, die bei einer Gehaltserhöhung stabil bleiben.

Ob der betreffende Pensionist in den Bezug der variablen oder der fixen Zulage kommt, hängt von dem Wortlaut der Entschliessung des Bundespräsidenten ab. Dieser Entschliessung liegt ein Antrag der Zentralstelle (Finanzministerium) zugrunde, der wieder vom Antrag der zuständigen Unterbehörde beeinflusst ist.

Bei der Sachlage ist es mehr oder weniger Zufall gewesen, ob eine fixe oder variable Zulage gewährt wurde.

Um dieser Ungleichheit in der Behandlung der Zulagen zu begegnen, wären diese Gebühren einheitlich im Ausmaße der Differenz auf nächsthöhere Gehaltsstufen zu gewähren.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundesminister bereit, Vorsorge zu treffen, daß die an Bezieher von a.o. Versorgungsgenüssen gewährten Zulagen unterschiedslos im Ausmaße der Differenz auf nächsthöhere Gehaltsstufen gewährt werden, zumal bei der geringen Zahl der mit fixen Zulagen bedachten Bezieher der Aufwand kaum in die Waagschale fallen dürfte?

- - . - . - . - . - . -